

Die Vermögensteuer als enteignungsgleiche Kapitalbesteuerung

Rückwärtsgerannt

Eine „Reichensteuer“ soll die Ungleichverteilung der Vermögen lindern. Doch Wohnungen und Industrieanlagen nutzen der gesamten Gesellschaft. Gemäß SPD-Parteitagsbeschluss sollen Nettovermögen über einer Million Euro mit einer Vermögensteuer (VSt) von einem Prozent, „Superreiche“ mit 1,5 bis zwei Prozent belegt werden. Da das Wohnsitzprinzip der Anknüpfungspunkt der Besteuerung ist, kann der VSt nur durch Auswanderung ausgeglichen werden – ein Wunschtraum jedes Finanzministers.

Doch mußte Frankreich feststellen, daß reiche Familien nach Belgien und in die Schweiz abwanderten. Das Münchner Ifo-Institut hat 2017 in einer Studie auf der Basis von 110 Ländern zwischen 1970 und 2010 erhebliche Anpassungsreaktionen festgestellt. Für Deutschland werden Ausfälle bei der Einkommensteuer (ESt) von 44 Milliarden Euro prognostiziert, die das VSt-Aufkommen von 14 Milliarden Euro per Saldo zu einem Verlustgeschäft machen – ein Rückgang der Wirtschaftsleistung und der Beschäftigung inklusive.

Ein Beispiel verdeutlicht die Zusammenhänge: Bei einem zu versteuernden Nettovermögen von 100.000 Euro und einem Steuersatz von einem Prozent fallen 1.000 Euro VSt an. Wenn diese Vermögensanlage eine Rendite von vier Prozent abwirft, würde die Abgeltungssteuer von 25 Prozent zu einer ESt in Höhe von ebenfalls 1.000 Euro führen. Die Gesamtbelastung steigt auf 50 Prozent

– eine Verdopplung der Steuerlast auf Einkommen. Zum Problem wird die VSt, da sie auch bei Verlusten anfällt. Deshalb wird sie als Sollertragsteuer bezeichnet. Doch eine ertragsreiche Anlage ist bei Niedrigzinsen schwierig. Bei einem Anleihezins von einem Prozent würde die VSt inklusive der Abgeltungssteuer zu einer Belastung von 125 Prozent führen – ein enteignungsgleicher Steuereingriff. Dies macht zugleich die Doppelbesteuerung von Vermögenszuwächsen deutlich: einmal bei der Einkommensentstehung (ESt), sodann bei der Ersparnisbildung (VSt).

Unabhängig davon bewirken eine Inflation von 1,2 Prozent (2019) und Negativzinsen („Verwahrgeld“) auf Girokonten bereits heute de facto eine VSt auf Finanzanlagen des „Normalbürgers“. Praktische Probleme in der Durchführung betreffen die Erfassung und Bewertung von Vermögen. Der Erhebungsaufwand für die VSt wird gemäß verschiedener Quellen mit 25 bis 50 Prozent des Aufkommens angegeben.

Teuren Hausrat, Schmuck oder Kunstsammlungen zu erfassen, erfordert den gläsernen Bürger. Eine zeitnahe Bewertung ist schwierig und aufwendig, weshalb das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung 1997 zur Nichterhebung der damaligen VSt veranlaßte. Eine VSt wäre eine rückwärtsgerichtete und EU-Harmonisierungsbestrebungen entgegengerichtete Politik.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



VON DIRK MEYER

»Eine allumfassende Besteuerungsgrundlage erfordert den gläsernen Bürger.«

Das deutsche Märchen von der „Schwarzen Null“

Versteckte Billionenlasten

Von Von Bruno Hollnagel

Unter der „Schwarzen Null“ wird allgemein verstanden, daß der Kassenbestand eines öffentlichen Haushalts gleich geblieben und keine Neuverschuldung notwendig ist. Allerdings ist diese Sichtweise unvollständig; denn sie berücksichtigt nicht die Substanzwertveränderungen und zukünftige Verpflichtungen.

Ein praktisches Beispiel: Bei einem Taxiunternehmen wären innerhalb eines Jahres Kassenlage und Schuldenstand unverändert geblieben. Dessen „Schwarze Null“ spiegelt aber nicht den gesunkenen Substanzwert des Fahrzeugbestands wieder. Wäre die Firma Pensionsverpflichtungen eingegangen, wäre es an der „Schwarzen Null“ nicht zu erkennen gewesen. Auch über mögliche Forderungen wie Bürgschaften oder Lieferverpflichtungen gibt die „Schwarze Null“ keine Auskunft. Übertragen auf die Bundesrepublik Deutschland läßt sich so feststellen: Durch die aktuellen Verpflichtungen ist die Summe der expliziten und impliziten Verschuldung auf nunmehr 7,6 Billionen Euro gestiegen

– also mehr als 20 Bundeshaushalte und 3,8mal soviel wie die offizielle Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden. Haftungen für Schattenshaushalte, die EZB-Politik, Rettungsschirme und bilaterale Kredite sind in den zwei Billionen Staatsschuld nicht enthalten. Die Energiegewende – ohne Klimapakete – wird uns laut Industrieverband BDI bis 2050 bis zu 2,3 Billionen Euro kosten.

Und das alles trotz der Verdoppelung des Steueraufkommens seit 2005 und der Zinsersparnisse von über 260 Milliarden seit 2008. Dabei entsprechen die jährlichen finanziellen Belastungen durch Migration und die höheren EU-Zahlungsverpflichtungen den Etats von Forschung, Gesundheit und Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen. Und das während Straßen marode sind, militärisches Gerät nicht einsetzbar, Kinderarmut herrscht und Altersarmut droht.

Dr. Bruno Hollnagel, Ökonom und Wirtschaftsingenieur, ist AfD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Finanzausschuß.

Was die Mietpreisbremse anrichten kann

Wohnungsmarkt: Private Investoren bauen keine neuen Wohnungen, wenn die Renditen nicht mehr stimmen

MARKUS BRANDSTETTER

Im Juni 2015 ist das Gesetz zur Mietpreisbremse bei der Neu- oder Wiedervermietung von Wohnungen in Kraft getreten. Es sieht vor, daß die Miete beim Abschluß eines Mietvertrags maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Neubauten und umfassend sanierte Wohnungen sind ausgenommen. Für welche Gebiete eine solche Mietpreisbremse gelten soll, können die Bundesländer per Rechtsverordnung festlegen. Viele Länder haben davon inzwischen Gebrauch gemacht und Gebiete definiert, die der Mietpreisbremse unterworfen sind.

Berliner Mietendeckel verfassungswidrig?

Das Bundesverfassungsgericht hat im August 2019 – absolut erwartungsgemäß, denn Karlsruhe macht jetzt immer öfter politische Justiz – entschieden, daß die gesetzlichen Vorschriften zur Mietpreisbremse verfassungsgemäß sind und Vermieter nicht in ihren Rechten beeinträchtigt (JF 35/19). Inzwischen wird die Mietpreisbremse in Hunderten von Städten und Gemeinden in ganz Deutschland angewandt.

In Berlin wird dieser Entwicklung mit dem Mietendeckel des rot-rot-grünen Senats sogar noch eins draufgesetzt. Der Mietendeckel sieht vor, daß die Mieten in Berlin auf dem Stand vom Juni 2019 auf fünf Jahre hinaus eingefroren werden. Bayern könnte dem vielleicht folgen: Hier läuft zur Zeit eine Unterschriftensammlung für das von SPD, Linken, Mietervereinen und Gewerkschaftlern getragene Volksbegehren „Sechs Jahre Mietstopp“. Wird diese Initiative Gesetz, sollen Verstöße dagegen mit bis zu 500.000 Euro bestraft werden.

Diese Maßnahmen wurden ergriffen, um die seit 2010 in Deutschland stark gestiegenen Mieten wenn schon nicht zu senken, so doch in bezahlbaren Grenzen zu halten. Das mag ein nobles Motiv sein, nur funktioniert der Wohnungsmarkt nicht so. Untersuchungen zeigen, daß die Mietpreisbremse so gut wie keine Wirkung hat, während der Berliner Mietendeckel wahrscheinlich verfassungswidrig ist. Aus Sicht der Mie-



Plakat für das Volksbegehren „Mietenstopp“ in München: Die Initiatoren fordern, daß in 162 bayerischen Städten und Gemeinden Mieterhöhungen sechs Jahre verboten sind. Bei Wiedervermietungen und nach Modernisierungen soll maximal noch die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt werden dürfen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/REDUX

ter sind beide Regelungen ein Schuß in den Ofen. Aber es kommt noch schlimmer: Nicht nur senken solche Gesetze die Mieten nicht – sie erhöhen sie mittelfristig sogar. Das ist etwas, das unter Volkswirten weltweit und seit Jahrzehnten bekannt und gut erforscht ist.

Als 1990 464 in den USA tätige Ökonomen gefragt wurden, was sie von Mietbegrenzungen hielten, waren sich 93 Prozent darin einig, daß „Mietpreiskontrollen Qualität und Angebot an Mietwohnungen reduzieren“. Und dieser Meinung waren nicht nur bekannt liberale Nobelpreisträger wie Milton Friedman und Friedrich von Hayek, sondern auch Sozialdemokraten wie der schwedische Nobelpreisträger Gunnar Myrdal, der feststellte: „Mietpreiskontrollen in westlichen Ländern sind das schlimmste Beispiel für die schlechte Planung von Regierungen, denen es an Mut und Zukunftsperspektiven fehlt.“

Was volkswirtschaftlich passiert, wenn Mietpreiskontrollen eingeführt werden, und was die Gründe dahinter sind, ist aus vielen Studien bekannt. Die erste Konsequenz besteht darin, daß Investoren keine neuen Wohnungen bauen, weil die Renditen nicht mehr stimmen, da sie entweder an anderen Orten oder in anderen Geschäftsfeldern höhere Renditen erzielen können.

Nach dem Renovierungstau droht die Deregulierung

Niemand investiert Millionen, um Wohnungen zu bauen, wenn er nicht kalkulieren kann, was er damit verdient. Und auch die Beschaffung von Bankkrediten dafür wird in einem regulierten Markt wesentlich schwieriger. Die nächste Auswirkung ist die, daß Vermieter keinen Anreiz haben, Wohnungen zu renovieren, wenn sie die Kosten dafür nicht mehr auf die Miete umlegen können.

Dies führt binnen weniger Jahre dazu, daß Mietshäuser veralten und genau die Viertel, wo Renovierungen am nötigsten wären, verfallen, was in der Endkonsequenz zur Bildung von Slums und Problemvierteln führt, in denen die Kriminalität steigt. Es ist ironisch, daß ausgerechnet die Parteien, die jeden Tag von der Klimakatastrophe reden und bis 2050 einen klimaneutralen Häuserbestand fordern, mit dem Mietendeckel ein Gesetz auf den Weg gebracht haben, das die klimafreundliche Ertüchtigung von Mietshäusern sabotiert.

Mietpreiskontrollen haben auch die Eigenschaft, Mieter in einen unfairen Wettbewerb untereinander zu katapultieren. PÖraktisch läuft das so: Wohnt ein Mieter erst einmal in einer großen, schönen Wohnung, deren Miete auf Jahre eingefroren ist, dann hat er keinen Grund, diese Wohnung zu verlas-

sen, und zwar auch dann nicht, wenn er eine Wohnung dieser Größe nicht mehr braucht. Dadurch kommt es in der Folge zu einer Verschwendung von knappem Wohnraum, der dann denen, die ihn am meisten bräuchten, z.B. Familien mit Kindern, nicht mehr zur Verfügung steht.

Das Ergebnis all dieser Marktverzerrungen ist: Nach Jahren, manchmal erst Jahrzehnten, werden die Mietpreiskontrollen dann wieder abgeschafft, weil inzwischen alle gemerkt haben, daß sie ihren Zweck nicht erfüllen. Und dann steigen die Mieten wirklich, jetzt holen sich die Vermieter das, was ihnen jahrelang versagt wurde. Jetzt wird der Renovierungstau beseitigt, überall werden nun neue Bäder, Fenster und Heizungen eingebaut, was Wohnraum noch teurer macht. Empirische Erfahrung aus einer Vielzahl von Städten insbesondere in den USA zeigt, daß die Mieten nach der Deregulierung des Wohnungsmarktes viel stärker steigen, als sie es getan hätten, wenn nie Mietpreiskontrollen eingeführt worden wären.

Allerdings muß man gar nicht bis nach Amerika gehen, um zu sehen, was staatliche regulierte Mietpreise anrichten, ein Blick in die Schweiz genügt. In Genf ist seit Jahrzehnten ein Mietendeckel in Kraft, was langjährigen Bestandmietern erlaubt, für 900 Euro pro Monat in schönen Altbauwohnungen zu leben. Aber nur denen. Bei Neuvermietungen werden in Genf heute 1.600 Euro für Zweizimmerwohnungen und 3.500 Euro für Vierzimmerwohnungen aufgerufen. Die Mieten im nicht regulierten St. Gallen sind um ein Drittel billiger.

„Evaluierung der Mietpreisbremse – Untersuchung der Wirksamkeit der 2015 eingeführten Regelungen zur Dämpfung des Mietanstiegs.“
► www.bmjv.de

Zuwanderung bringt Wohnungsnot

Warum steigen die Mieten in den deutschen Boom-Regionen? „Der starke Zuzug aus dem Ausland ist hierbei der ausschlaggebende Faktor, denn die natürliche Bevölkerungsentwicklung als Saldo von Geburten und Sterbefällen ist in Deutschland nach wie vor negativ“, konstatiert der „Immobilienmarktbericht Deutschland 2019“ des Arbeitskreises der Oberen Gutachterausschüsse (AK OGA). Das Geburtendefizit betrage zwar 150.000 Wohnungen pro Jahr, aber im Vergleich zu 2011 ist die Bevölkerung um mehr als 2,6 Millionen auf über 83 Millionen gestiegen. „Insbesondere die Metropolen in Deutschland weisen hohe Zuzugsraten aus dem Ausland auf“, so der AK

OGA. Den höchsten jährlichen Bevölkerungszuwachs hatte Bayern mit einem Plus von gut 150.000 Personen, gefolgt von Baden-Württemberg (+144.000) und Berlin (+93.000). Hinzu komme: „Durch Zuzug von jungen Menschen als auch durch die Alterung der Gesellschaft sinkt die Haushaltsgröße immer mehr und führt zu einer hohen Dynamik bei der Wohnungsnachfrage.“ Der jährliche Neubau von knapp 300.000 Wohnungen reiche nicht aus. „Außerdem werden nicht alle genehmigten Wohnungen tatsächlich realisiert, sei es aus strategischen, organisatorischen oder kalkulatorischen Gründen.“ (fis)

► immobilienmarktbericht-deutschland.info

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! Kundennummer (falls zur Hand):

Vorname/Name: _____

Straße/Nr. (keine Postfach): _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.

Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jfd.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Darunter beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse! EU: EUR 12,-. Übriges Europa EUR 14,-. Welt: EUR 18,-. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!



gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Gunnar Heinsch

Wettkampf um die Klugen

Kompetenz, Bildung und die Wohlfahrt der Nationen
Kompetenzforscher stellen große Leistungsunterschiede zwischen Ostasien, Europa und den afrikanischen Ländern fest. Zwei Drittel der Menschheit haben kaum Chancen auf Wohlstand und Entwicklung, weil in ihren Ländern die Expertise für den Aufbau von High-Tech-Branchen fehlt. 232 S., Pb.



Best.-Nr.: 94496

EUR 12,00

Der Sieg des Abendlandes

Rodney Stark

Das Klichsche vom finsternen Mittelalter ist eine Folge antikatholischer Propaganda des 18. Jahrhunderts. Rodney Stark zeigt, dass das Mittelalter in Wahrheit eine Blütezeit war. Die christliche Theologie legte den Grundstein zu kapitalistischem Fortschritt, Wohlstand und Freiheit. 432 S., geb.



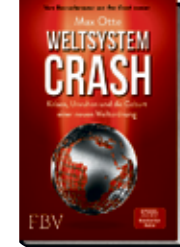
Best.-Nr.: 94485

EUR 36,00

Max Otte

Weltssystemcrash

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung
Max Otte hat in seinem Bestseller 'Der Crash' kommt die Finanzkrise präzise vorhergesagt. Auch jetzt spricht er Klartext: Die Staatsverschuldung, der Niedergang der USA, der Aufstieg Chinas, Überwachung, Populismus und verfallene Migrationspolitik all das gehört zusammen. 350 S., geb.



Best.-Nr.: 94351

EUR 24,99

Max Otte

Rettet unser Bargeld!

Droht die Abschaffung des Bargelds? Frei verfügbares Geld ist ein Fundament freier Gesellschaften. Schon eine Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat. Eine Streitschrift von Prof. Dr. Max Otte, dem Prognostiker der Finanzkrise von 2008 (Der Crash kommt)! 48 S., Pb.



Best.-Nr.: 93088

EUR 7,00

Marc Friedrich, Matthias Weik

Der größte Crash aller Zeiten

Wirtschaft, Politik, Gesellschaft. Wie Sie jetzt noch Ihr Geld schützen können
Seit 2008 ist ein historischer Vertrauensverlust in Finanzwelt, Politik, Medien und Geldsystem zu verzeichnen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer; es drohen massive Steuererhöhungen und Entlohnungen. Wie Sie sich und Ihr Geld absichern können, erfahren Sie hier! 280 S., geb.



Best.-Nr.: 94353

EUR 20,00

Michael Grandt

Kommt die Klima-Diktatur?

Eine faktenreiche Analyse des grünen Klimawahns
Michael Grandt beleuchtet die Hintergründe und Folgen des Klimawahns. Was er zum Vorschein bringt, widerspricht den offiziellen Darstellungen fundamental! So ist z.B. die Behauptung „97 Prozent der Wissenschaftler bestätigen den menschengemachten Klimawandel“ eine dreiste Lüge. 384 S., geb.



Best.-Nr.: 94434

EUR 22,99

Dieter Stein (Hrg.)
Klima-Hysterie (Argumente 3)

Beiträge und Interviews zu einer neuen Zivilreligion



Ist der Kampf gegen den Klimawandel ein Vorwand, um die Folgen der Migrationspolitik zu verschleiern? Deutschland ist wieder besonders anfällig für eine neue Zivilreligion. Das Buch entlarvt die Hysterie und die Hintermänner. Es liefert Argumente für eine Politik der Vernunft.

288 S., Pb.

Best.-Nr.: 94456

EUR 9,90

Abbildungen können vom Original abweichen!